

Regieren nach der Wahl – mit Arbeitslosigkeit und hohen Schulden ?

Hans-Hermann Hartwich



Hans-Hermann
Hartwich

Der bisherigen Regierung der großen Koalition ist es weitgehend mit Erfolg gelungen, Deutschland gegen extreme Einschnitte der Weltwirtschaftskrise abzusichern. Sie hat gleichsam einen sozialstaatlichen Schirm gegen die Wirtschaftskrise entwickelt und durchgesetzt. Wohl wissend, dass dies dauerhaft letztlich nur mit durchgreifenden Erfolgen in der Konjunkturpolitik durchzuhalten sei. Die Nagelprobe steht jetzt bevor. Die sozialstaatlichen Zwischenlösungen gehen ihrem Ende zu. So ist die neue Regierung gezwungen, sich den Problemen zu stellen. Dies heißt, dass sie Mut aufbringen muss, die Bevölkerung auf die Notwendigkeit von Einsparungen und von Gebühren- und Steuererhöhungen vorzubereiten. Sie muss aber auch den Mut aufbringen, die hohe Staatsverschuldung durchzuhalten und nicht mit einem restriktiven Sparkurs in Form von Ausgabenkürzungen Ansätze wirtschaftlicher Belebung zu ersticken.

1. Die Wahlparties sind vorbei – was bleibt?

Während die Bundestagswahl mit ihren Versprechungen der Parteien schließlich zu ihrem Endpunkt und Ergebnis gelangte, stand die wirtschaftliche Welt

– national wie international – nicht still. Ihre Akteure haben auf die Deutschen nicht gewartet. Dies zeigt sich zum Beispiel bei den dramatischen Einbrüchen in der deutschen Exportwirtschaft, im anhaltenden Ringen um Bankensanierung und Firmeninsolvenzen. Es zeigt sich im Einstieg internationaler Finanzkapitalfonds staatlicher und privatwirtschaftlicher Art in deutsche hightech-Unternehmen. In der Europäischen Union rangen die Mitgliedstaaten miteinander (Sonderrolle Großbritannien) und mit den USA sowie weiteren internationalen Institutionen um Reglementierungen zur Abwehr neuer Krisen. An der Sicherung der europäischen Energieversorgung wurde intensiv gearbeitet, und die chinesische Wirtschaft drang weiter auf den internationalen Rohstoffmärkten vor. Und auch die Diskussion über die zukünftige Rolle des Dollar und des Euro als Weltwährungen hielt an.

In dieser Zeit der Weltwirtschaftskrise zeigte sich Deutschland in einer wirtschaftlich erstaunlichen Verfassung. Zwar bewegten Opel, Karstadt/Quelle, Hypo Real Estate und dramatische Zahlen der Neuverschuldung die Gemüter. Aber die eigentlichen, wirtschaftlich alarmierenden Signale blieben weitgehend aus. Binnennachfrage und Kaufkraft sowie moderate Statistiken über die nur langsam wachsende Ar-

beitslosigkeit bestimmten das Bild und schienen einen gewissen Optimismus zu begründen. Die Bundestagswahl war der Fokus, an dem sich Aktionen und Argumentationen orientierten.

Nach der Wahl treffen nun die Krisenfaktoren und die eher gelassene Stimmung in der deutschen Gesellschaft aufeinander. Dinge, die man schon vorher wusste oder zumindest erahnte. Werden die Arbeitslosenzahlen dramatisch ansteigen? Sind die Staatsschulden noch beherrschbar? Wird es wegen der massiven Liquiditätsspritzen durch EZB und Staatsschulden eine Inflation geben? Die hohe Komplexität dieser Probleme und ihres Zusammenhanges wird das parteipolitische Gerangel um Regierungspositionen bald verblassen lassen. Es ist also nicht allein das „Erbe“ der bisherigen Regierungspolitik von CDU und SPD und der bisherige Verlauf der Weltwirtschaftskrise, an die die neue oder alte Regierungskoalition anzuknüpfen hat.

Die Gleichzeitigkeit von anhaltender Krise und Aufschwungserwartungen macht das Regieren jetzt noch schwieriger als zuvor. Weiterhin Kriseneinbrüche bekämpfen oder schon den Aufschwung fördern? Und wie? Zu weiteren fiskalischen Interventionen in die Wirtschaft bereit sein oder schon Schulden reduzieren, also eine Sparpolitik betreiben oder die Steuern erhöhen? Neben diesen von der Politik bestimmten Faktoren steht eine Fülle von Problemen, die nach einer Neuorientierung der bislang so erfolgreichen Privatwirtschaft in Deutschland, vor allem der Autoindustrie, verlangen.

2. Die wirtschaftliche Lage – Tendenz schwankend

Es ist sicher vermessen, zwei Monate vor der Bundestagswahl ein gültiges Bild von der wirtschaftlichen Lage zu diesem Zeitpunkt abzugeben. Eine

weitergehende Voraussage ist um so schwieriger, als sich im Juli 2009 positive Berichte über die Lage mehrten, aber zugleich weiterhin auch das Gegenteil prognostiziert wurde. Überdies ist Juli „Sommer“, in dem auch Betriebe Urlaub machen. Der 27. September hingegen ist „beginnender Herbst“, der in der Regel eine deutliche Verstärkung der wirtschaftlichen Aktivität und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bringt. Aber er führt letztlich in die Wintersaison hinein, die zumeist mindestens mit einer „Saison“-Arbeitslosigkeit verbunden ist. Diese kann sich bis in den April hinein ausdehnen. Diese natürlichen Bewegungen müssen ins Kalkül einbezogen werden.

Die neue Regierung kann trotz optimistischer Meldungen noch nicht sicher davon ausgehen, dass die deutsche Wirtschaft die Talsohle durchschritten hat. Seit dem Sommer gibt es eine ganze Reihe positiver Indizien dafür, dass der Absturz vorerst gestoppt werden konnte. Aber zugleich ist auch heute noch zu bedenken, dass dieser Absturz mit zu den schwersten der letzten hundert Jahre gehörte. Es bedarf also besonders kräftiger und ausdauernder Impulse, um wirklich von einer Aufwärtsentwicklung zu sprechen.

Zu den positiven Indizes gehörte schon im Mai ein starker Auftragseingang (plus 4,4% gegenüber dem Vormonat) bei der Industrie. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Ausland stärker zu als aus dem Inland (SZ v. 8.7.09: 5,2 und 3,9%). Der stärkere Anteil der Autoindustrie in diesen Zahlen deutete daraufhin, dass es einen Zusammenhang mit der Abwrackprämie gibt. Damit zeigt sich das Problematische im Positiven. Diese Prämie läuft Ende des Jahres aus. Sie war ein Erfolg. Damit aber ist dieser Markt kleinerer und mittlerer Autos zunächst einmal gesättigt, und es offenbart sich das längst diskutierte Problem: Fallen nun die Unternehmen in ein Absatzloch? Was könnte da die Regierung tun?

Im übrigen gilt auch, dass sich in einem Jahresvergleich die Auftragseingänge im April und Mai 2009 um über 33% gegenüber den Vergleichsmonaten 2008 und um etwa 40% gegenüber jenen des Jahres 2008 verringert hatten (SZ v. 8.7.09). Dies dürfte selbst 2010 noch nicht aufzuholen sein, auch wenn weltweit große Konjunkturprogramme aufgelegt wurden. International ist die neue Regierung gefordert, hart und verbissen gegen protektionistische Erscheinungsformen wie einer „Buy national“-Klausel vorzugehen.

Was kann die Regierung tun, um den möglichen Aufschwungprozess zu fördern und zu beschleunigen? Konjunkturprogramme sind auf den Weg gebracht. Weitere Programme sind durch Finanzierungs- und Kapazitätsprobleme begrenzt. Man kann nicht unbegrenzt Mittel für den Straßenbau bereithalten, wenn die Baubranche schon auf hohem Touren läuft oder im Bildungswesen genau jene Qualifikationen nicht zur Verfügung stehen, die man in neuen und sinnvollen Bildungswegen braucht.

Die Regierung wird sich ganz stark um jene Institutionen und Instrumente kümmern müssen, auf die sie nur indirekt Einfluss hat. An oberster Stelle steht natürlich die autonome Europäische Zentralbank, die bislang wie die Amerikaner viel Liquidität in den Wirtschaftskreislauf pumpt und nun möglicherweise die Umkehr ihrer Zinspolitik einleitet. Die Geschäftsbanken bilden ein Sonderproblem. Die Meinungen darüber gehen auseinander, ob sie einen Aufschwungprozess fördern oder hemmen. Skandalös wirkte im Sommer z.B. die Meldung der FAZ (21.6.09), dass die EZB mehr als 1100 Geschäftsbanken insgesamt 442 Mrd. Euro für ein Jahr Laufzeit zu einem Zinssatz von 1% zugeteilt habe, um die Geldversorgung der Institute zu stützen. Diese parkten anschließend rd. 143 Mrd Euro bei der EZB zu einem Zinssatz von lediglich 0,25% Zinsen. Sie nahmen dies in

Kauf, um flexibel auf künftigen Liquiditätsbedarf reagieren zu können. An Liquidität fehlt es nicht, wohl aber an der Bereitschaft, mit vertretbaren Krediten die Investitionsvorhaben der Unternehmen flexibel zu stützen. Die Kritik vom EZB-Präsidenten über den deutschen Finanzminister bis hin zur Wissenschaft fruchtete stets wenig. Sie müsste – wenn immer noch nötig – also noch wesentlich schärfer sein und ggf. mit Zwangsaufgaben einhergehen.

Es sind vor allem aber zwei Eckpunkte, die jeder für sich außerordentlich komplexe Problembündel darstellen und zugleich auf den jeweils anderen einwirken: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die fiskalische Steuerung der Entwicklung, die sich nicht allein auf Konjunkturprogramme, Steuersenkungen oder Steuererhöhungen, auf die Staatsschulden oder auf Fragen eines ausgeglichenen Staatshaushaltes konzentrieren kann.

3. Arbeitslosigkeit – das tatsächliche Bild und die Kosten

Angeichts der Schärfe der Wirtschaftskrise weist die offizielle deutsche Arbeitslosenstatistik bisher eher moderate Verschlechterungen auf. Verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben bislang verhindert, dass das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. Zudem verschleierten statistische Kniffe die Realität. Das sozialpolitische Interesse der Regierungsparteien und die Eigeninteressen der Großunternehmen trafen bisher vor allem in den großzügigen Ausgestaltungen des längst eingeführten Kurzarbeitergeldes zusammen.

Am wichtigsten wurde das konjunkturelle Kurzarbeitergeld (neben dem traditionellen Saison- und Transfer-Kurzarbeitergeld), also die im Sozi-

algesetzbuch vorgesehene Möglichkeit für Betriebe oder Betriebsteile, die Kürzung der regulären Arbeitszeit und damit des Lohnes aus konjunkturellen Gründen zu beantragen, während die Bundesagentur für Arbeit den Lohnausfall zum Teil kompensiert. Die Bezugsfrist für dieses Kurzarbeitergeld wurde schließlich noch durch eine Rechtsverordnung des Bundesarbeitsministeriums vom 29. Mai bis zum 31.12.2009 auf 24 Monate verlängert.

Die außerordentliche Verlängerung der Zeiten für die Zahlung von Kurzarbeitergeld und die erst im Frühjahr 2009 erfolgte Befreiung der betroffenen Unternehmen von den Sozialbeiträgen für die in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigten war ein kluger und wirkungsvoller Schachzug im Vorfeld der Bundestagswahl. Die betroffenen Arbeitnehmer erhielt weiterhin ihren, wenn auch gekürzten, Lohn. Die Arbeitgeber konnten ihr Personal halten. Die Politiker verhinderten – offiziell – Arbeitslosigkeit. Sie wurde „verdeckt“. Die einzig negativ betroffenen Parteien waren die Sozialversicherungen und der Staatshaushalt. Ihnen entgingen auf der einen Seite Beiträge und Steuern und andererseits hatten sie erhöhte Ausgaben zu leisten.

Nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Monatsbericht Juni 2009, S. 8) – die Veröffentlichung der Angaben erfolgt naturgemäß stets etwa zwei Monate später – ließ sich im Sommer 2009 festhalten: Von Dezember 2008 bis März 2009 wurde Kurzarbeitergeld von 923.000 Personen in Anspruch genommen. Im März waren es insgesamt 1.259.000 Arbeitnehmer, darunter 1.124.000 jene aus konjunkturellen Gründen. Im Mai 2009 wurde die Zahl von der Bundesagentur auf 1,3 bis 1,4 Millionen geschätzt. Vor der Bundestagswahl gab es also knapp 1,5 Millionen Empfänger von Kurzarbeitergeld. Die Zahlen geben noch – wie bei Statistiken unvermeidlich – zurückliegende Werte an. Hier ist also mit ansteigenden Zahlen zu rechnen

Laut Monatsbericht für Juni 2009 der Bundesagentur für Arbeit waren neben diesen in der Arbeitslosenstatistik nicht auftauchenden Arbeitnehmern 1,62 Millionen Arbeitslose in der amtlichen Arbeitslosenstatistik nicht enthalten, weil sie an staatlichen Programmen teilnahmen. Seit Mai wurden auch Arbeitslose, die von privaten Vermittlern betreut wurden, amtlich nicht mehr registriert. Zunächst betraf dies allerdings nur 20.000 Fälle. Andererseits lief die Möglichkeit der Frühverrentung auch für Arbeitslose ab 58 Jahren aus. Das bedeutet, dass sie nun wieder in der Arbeitslosenstatistik erscheinen, aus der sie zuvor durch die Frühverrentung gefallen waren. Statistiken sind stets mit Vorbehalten zur Kenntnis zu nehmen!

In ihrem Monatsbericht vom Juni 2009 registrierte die Bundesagentur dann 3.410 Millionen Arbeitslose. Ganz grob gerechnet sind es also über fünf Millionen Arbeitnehmer, die sich in keinem Beschäftigungsverhältnis befanden. Hinzu kamen die knapp 1,5 Millionen Empfänger von Kurzarbeitergeld. Sicher führt nicht jede Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit. Hier liegt aber eine erhebliche Instabilität für die Regierung spätestens am Ende des Jahres vor, wenn die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld auslaufen.

Dieser grobe Überblick reicht, um – unabhängig von einer wirtschaftlichen Belebung noch in diesem Jahr – das eine Kernproblem der künftigen Regierung festzustellen: Es ist die Arbeitslosigkeit. Spätestens für Januar, Februar und März 2010 ist wieder mit hohen Arbeitslosenzahlen, die längst vergessen schienen, zu rechnen, die die Politik massiv bedrängen werden.

Die zu erwartende Arbeitslosigkeit ist dann zunächst ein Problem für die Finanzen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Sozialkassen. Höhere Staatsausgaben sind also gewiss. Sie müssen finanziert werden, entweder durch erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder durch Staatsaus-

gaben in Form von Zuschüssen zur BA. Anschließend steigen die Ausgaben der Sozialkassen (Hartz IV). Schon im Frühjahr 2009 erhielten 5.906 Millionen Menschen Lohnersatzleistungen oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Das waren damals 110.000 mehr als 2008.

Die Bundesagentur für Arbeit hat bislang ihre erhöhten Ausgaben aus Reserven und Rücklagen bestritten. Allerdings zeigte schon der Quartalsbericht der Bundesagentur für das 1. Quartal 2009 an, dass mittels eines Nachtrags Haushaltes der Ansatz für konjunkturelle Kurzarbeit von 300 Millionen € auf 1,54 Mrd. € für dieses Jahr erhöht werden musste. Diese Zusatzkosten wuchsen allein durch die Übernahme der Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer bei Kurzarbeit um 556 Mio. €. Zugleich müssen generell verminderte Einnahmen der Bundesagentur in Rechnung gestellt werden.

Das Defizit 2008 der Bundesagentur für Arbeit von 10,9 Mrd. € wurde aus Rücklagen ausgeglichen. Zugleich hieß es aber im „Quartalsbericht“ der Bundesagentur (S.8.): „Der Rücklagenbestand wird .bis Ende des Jahres auf 5,8 Mrd. € abgeschmolzen sein und damit den Kernbestand („Liquiditätsrücklage“) in diesem Jahr angreifen.“ Die SZ prognostizierte (16.7.09) wegen des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit ein Defizit der Bundesagentur von etwa 20 Mrd. € allein im Jahr 2010, und einen Anstieg des Defizits bis 55 Mrd. € im Jahr 2013.

Derartige Defizite können nur durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder durch Staatszuschüsse ausgeglichen werden. Das eine belastet den konjunkturellen Aufschwung, das andere erhöht die Staatsschulden. Allerdings hat die alte Regierung bis Ende 2010 „vorgesehen“, indem sie den Versicherungsbeitrag auf 2,8% fest schrieb. Für das Defizit der Bundesagentur in Höhe von 20 Mrd. €

hat der Bund ein Darlehen in den Haushalt eingeplant. Beschlossen ist auch schon, dass der Beitragssatz auf 3% steigen soll. Bessert sich die Konjunkturlage nicht rasch, wird dieser Satz kaum zu halten sein. Außerdem wird der Bund kaum sein Darlehen zurück erwarten können. Eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit belastet ebenso die anderen Sozialkassen, so dass gegenwärtig kaum von Verlässlichkeit der Sozialsysteme gesprochen werden kann. Nach der Wahl ist jedenfalls eine heftige Diskussion über höhere Beiträge auch zu den Sozialversicherungen zu erwarten.

Die bisherige Politik der Verharmlosung der realwirtschaftlichen Entwicklung durch staatliche Subventionierungen kann schon aus finanziellen Gründen nicht fortgesetzt werden. Richtig ist, dass auch Statistiken und aktuelle Zahlenmeldungen nicht immer die Realität widerspiegeln. Aber der wirtschaftliche Prozess dieses Krisenjahres 2009 kann heute durchaus abgeschätzt werden. Selbst eine Überwindung des Tiefpunktes der Krise schafft Probleme, die nach Lösungen verlangen, die vor der Bundestagswahl nicht diskutiert worden waren. Die neue Regierung muss eingreifen. Sie muss es anders machen. Dies heißt, dass Belastungen aller Bevölkerungsteile aus der Sache, der Krisenbewältigung, heraus unvermeidlich sind. Es heißt vor allem auch, dass die bisherige sozialpolitische Orientierung der Krisenbewältigung auf dem Prüfstand steht.

Hier zeigt sich die bedrückende Komplexität der Probleme, die ihren wichtigsten Orientierungspunkt, die Bundestagswahl, verloren haben. Es muss eine Beschäftigungspolitik im weitesten Sinne eingeleitet werden, die den Bedürfnissen der ausgehenden Krisenzeit gerecht wird. Das heißt, es geht nicht um Beschäftigungsprogramme des Staates alter Art, die neu zu erfinden wären. Denn es kommen erst jetzt die Konjunkturprogramme der bisherigen Regierung,

darunter vor allem das 50 Mrd. €-Programm der Bundesregierung, zu voller Wirkung.

Eine neue Beschäftigungspolitik muss sich an dem Umstand, orientieren, dass Unternehmen und Politik schnellstens abzuklären haben, wie die deutsche Wirtschaft nach der globalen Krise neu „aufgestellt“ werden sollte. Sicher ist der „Exportweltmeister“ noch keineswegs abgemeldet. Vor allem dem Maschinenbau ist die nötige Intelligenz in Erfindung, Technologie, Management und Vertrieb zuzutrauen. Hier sind sicher frühe Erfolge zu erwarten und hier wird auch die Arbeitslosigkeit am wenigsten dauerhaft sein.

Hier wie in allen anderen Branchen bleibt jedoch der Erfolg gehemmt, solange nicht ein funktionierender Kreditmarkt wieder hergestellt ist. Die Kreditvergabe der Banken ist ebenso angesprochen wie die Politik der Europäischen Zentralbank, die die Wirtschaft mit Zahlungsmitteln versorgt. Nur zögernd und spät hatte sich die EZB-Politik dem zinspolitischen Kurs der US-Notenbank angeschlossen. Sie hat ihre Leitzinsen auf 1% gesenkt, nicht faktisch auf 0% wie die angelsächsischen Notenbanken der USA und Großbritanniens. Sie hat auch das „quantitative easing“ mitgemacht (vgl. GWP 2/09), das heißt, sie vermehrte die Liquidität durch Ankäufe von Staatspapieren und Hypotheken. Im Juli kündigte der amerikanische Notenbankpräsident einen Kurswechsel an. Das hieß, dass der Leitzins ebenso wie die Zinsen für Bankeinlagen bei der Zentralbank wieder angehoben werden sollen. Dieser Kurs setzt voraus, dass von einem sich selbst tragenden Aufschwung der Wirtschaft ausgegangen wird. Die Aufgaben der Regierung werden aber dadurch nicht leichter.

Da in Deutschland die Furcht besonders verbreitet ist, es könnte aus der liquiditätsorientierten Konjunkturstützungs politik am Ende eine Inflation erwachsen, ist ein Kurswechsel hoch

willkommen. Aber die neue Regierung wird zugleich verständlich machen müssen, dass ein gewisses, kontrolliertes, Maß an inflationären Preissteigerungen einen konjunkturellen Aufschwung beflügelt, weil dies die Gewinnerwartungen und damit die Investitionsbereitschaft der Unternehmen befördert.

Übersehen wird häufig, dass die tiefe Wirtschaftskrise auch strukturelle Ursachen hatte, beziehungsweise hervorgebracht hat. So steht zum Beispiel die Autoindustrie als Exportmotor vor grundsätzlichen Neuorientierungen. Zwar hat die subventionierte Verschrottung von Altautos, forciert durch zusätzliche Prämien der Verkäufer, einen Kaufboom bei kleineren und mittleren Modellen hervorgerufen. Nach dem Auslaufen der Prämie muss hier nun zunächst ein Einbruch bei Absatz und Produktion befürchtet werden. Inwieweit dies beschäftigungspolitische Folgen hat, steht dahin.

Die Produktion von Mittel- und Oberklassenwagen, Stolz der deutschen Autoindustrie, blieb von der Abwrackprämie praktisch unberührt. Die Unternehmen verzeichneten Absatzeinbrüche bis zu 30 %. Entlassungen in größerem Umfang hat es bislang infolge der Kurzarbeitregelungen nicht gegeben. Die Situation hat sich noch nicht grundsätzlich verbessert. Intensive Reklame wird kaum den Absatz erhöhen. Dies könnte ein Wirtschaftsaufschwung in den bisherigen Abnehmerländern bewirken. Aber der steht noch dahin. Die Aussichten sind nicht besonders gut. Denn es gibt offensichtlich ein Defizit, das die Deutschen noch nicht behoben haben. Zumindest auf mittlere Sicht wird eine technologische Revolutionierung erfolgen müssen, die dem Energie- und Materialverbrauch gerade im mittleren und oberen Preissegment Rechnung trägt. Hier scheinen die Japaner vorne zu liegen.

Die Regierung kann auch in dieser beschäftigungspolitisch brisanten Frage wenig bewirken. Diese macht für die Ex-

portnation Deutschland intelligent gesteuerte ökonomische und technologische Anpassungsprozesse erforderlich. Der Staat muss mit seinen Mitteln versuchen, eine wirtschaftliche Belebung zu fördern, die nicht mehr auf Konjunkturprogrammen alter Art aufgebaut ist. Statt eines ideologisch fundierten Bundeswirtschaftsministeriums („Erhards Soziale Marktwirtschaft“) könnte man sich durchaus die offizielle Erweiterung des Aufgabenfeldes um „Innovation“ und „Technologie“ vorstellen.

4. Bundeshaushalt und Staatsschulden

Das zweite zentrale Problemfeld der durch die Bundestagswahl legitimierten neuen Bundesregierung ist natürlich die finanzielle Lage, sind Bundeshaushalt und Staatsschulden.

Die neue Regierung muss als erstes den Bundeshaushalt 2010 feststellen. Sie wird dabei von einem heute noch nicht überschaubaren Defizit ausgehen müssen. Vorausssehbar sind, zusätzlich zu den bisherigen Planungen, milliardenschwere Zuschüsse zu den sozialen Versicherungen (Bundesagentur für Arbeit, Renten- und Krankenversicherungen). Die Regierung wird sich außerdem bei allen Haushaltsfragen mit den Forderungen der EU-Kommission auseinandersetzen müssen, die sogar inmitten der Krise auf die Einhaltung der EU-Kriterien zur Neuverschuldung und zum Gesamt-Schuldenstand drängte.

Die neue Regierung muss ihre Arbeit also in einem ganz engen finanziellen Rahmen beginnen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2009 wurde die Neuverschuldung auf 47,6 Mrd. € für 2009 erhöht. Vorgesehen sind danach Nettokreditaufnahmen von 86,1 € (2010), 71,1 € (2011), 58,7 € (2012) und 45,9 € (2013). Die bislang schon feststehenden Verschuldungsraten bedeuten, dass die Finanzplanung für die

nächsten Jahre eine Steigerung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte von rund 66% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2008 auf 74% 2009, 79% 2010 sowie von 2011 bis 2013 von 81 und 82% des BIP vorsieht. Nach dem EU-Vertrag ist ein Schuldenstand von 60% vorgesehen. Er wird in den kommenden Jahren also auch von Deutschland weit überschritten. Allerdings wurde er schon immer von nur wenigen EU-Staaten eingehalten.

Das Haushaltsdefizit soll nach den Maastricht-Kriterien nicht mehr als 3 % betragen. Deutschland wird mit allen anderen auch hier zum „Sünder“. Das Haushaltsdefizit, das 2008 nur noch 0,1% des BIP betragen hatte, steigt von 4% 2009 auf 6% 2010, und vermindert sich dann jährlich bis 2012 auf 3%. Derartige Werte (Quelle: FAZ v. 28.5.09/SZ v. 25.6.09 u.9.7.09) werden die EU-Kommission zu ständigen Mahnungen nach Einhaltung der Kriterien veranlassen. Diese Mahnungen werden – keineswegs vor allem wegen der deutschen Situation – wirkungslos bleiben. Sie sind in der gegenwärtigen Krisenphase schlicht unrealistisch.

So mahnte der EZB-Präsident Trichet die Regierung auch nur vor weiteren Schuldenaufnahmen. Die milliardenschweren Konjunkturpakete seien der Krise angemessen gewesen. Es gebe aber Anzeichen für eine wirtschaftliche Belebung im Frühjahr 2010. Genau dies ist die Frage, die sich die neue Regierung stellen muss. Soll sie abwarten, wie sich die Konjunkturdaten im kommenden Halbjahr entwickeln?

Denn: Die bisherige Finanzplanung sieht für die Zeit bis 2013 schon jetzt pauschale Ausgabenkürzungen in Höhe von rd. 37 Mrd. € vor. „Die pauschalen Mindereinnahmen stehen für den Handlungsbedarf, vor dem die nächste Regierung auf jeden Fall stehen wird, wenn sie nur die hohen Defizit-Planwerte einhalten will.“ (FAZ v. 19.6.09)

Die Mehrheit im bisherigen Bundestag und die über den Bundesrat be-

teiligten Länder, hatten es überdies für richtig gehalten, eine „Schuldenbremse“, also ein „Verbot des Schuldenmachens“, sogar in der Verfassung zu verankern. Die Länder sollen in einigen Jahren gar keine Schulden mehr aufnehmen dürfen. Dem Bund wird ein „strukturelles Defizit“ von 0,35% des BIP zugestanden. Vollständig sollen diese Regeln für den Bund ab 2016 und für die Länder ab 2020 gelten.

Der Verfasser dieses Beitrages kann nicht umhin, sein Unverständnis für diese Art von Grundgesetzmissbrauch zu äußern. Es muss wohl primär das – eigentlich nicht nötige – schlechte Gewissen der Politiker angesichts der Schuldenberge gewesen sein, das sie zu einem solchen Schritt veranlasste. Er ist aber schlicht unpolitisch. Unpolitisch, weil es nicht angeht, dass eine Regierung, die für die Geschicke eines großen Landes mit knapp 80 Millionen Einwohnern verantwortlich ist, sich der eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit begibt. Dies heißt nicht, leichtfertig mit den Folgen hoher Staatsschulden umzugehen. Aber eine Regierung muss in der Lage sein, Notprogramme zu beschließen, auch wenn die folgenden Staatshaushalte mit noch höheren Zinszahlungen belastet werden. Dies ist eine wichtige Stellschraube der Wirtschaftsgestaltung. Das „Totsparen“ wurde 1930 bis 1932 von Reichskanzler Brüning praktiziert und bewirkte die Radikalisierung der Gesellschaft bis hin zur Machtergreifung der Nationalsozialisten.

5. Perspektiven – die neue Regierung braucht Mut

So ist die neue Regierung gezwungen, sich den Problemen zu stellen. Nach

wie vor schwankt die wirtschaftlich-finanzielle Grundlage zwischen anhaltender Krise und beginnendem Aufschwung. Letzteren mit allen Kräften zu fördern, ist unabdingbar. Die dafür machbaren Programme laufen und gewinnen an Wirkung. Sie können nicht zurückgefahren werden – wie vom IWF gefordert – sie können aber schon aus fiskalischen Gründen nicht fortgesetzt werden.

Dies heißt, dass die neue Regierung den Mut aufbringen muss, die Bevölkerung stärker als bisher, mit der Härte der weltweiten Krise zu konfrontieren und sie auf die Notwendigkeit von Einsparungen und Verzicht vorzubereiten. Die daraus folgenden Verteilungskonflikte muss sie durchstehen. Sie muss auch den Mut aufbringen, begrenzte inflationäre Entwicklungen hinzunehmen, weil sie Kennzeichen beginnender Wirtschaftsbelebung sind. Sie muss Mut und Stehvermögen zeigen, um die hohe Staatsverschuldung durchzuhalten und nicht mit einem restriktiven Sparkurs in Form von hektischen Ausgabenkürzungen Ansätze wirtschaftlicher Belebung zu ersticken. Sie muss schließlich nicht mit Subventionen, sondern durch intelligente Kooperationen mit den Unternehmen die notwendigen technologischen und wirtschaftlichen Erneuerungen in den tragenden Säulen des „Exportweltmeisters“ Deutschland fördern.

Besonderen Mut wird die Regierung schließlich aufbringen müssen, um zuzugeben, dass Steuersenkungen auf absehbare Zeit nicht möglich sind und stattdessen schmerzhaft Erhöhungen bei Gebühren, Beiträgen und auch Steuern bevorstehen. Je früher dies geschieht, um so eher ist Besserung zu erwarten.